

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11 Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb, od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 133 | Altensteig, Samstag den 9. Juni 1928 | 51. Jahrgang

Die neue württembergische Regierung

Dr. Holz württ. Staatspräsident, Dr. Bazille Kultminister, Dr. Wegerle Justiz- und Wirtschaftsminister, Dr. Dehlinger Finanzminister

Stuttgart, 8. Juni. Der württ. Landtag war am Freitag nachmittag wieder zum Ziel vieler, die der Wahl des Staatspräsidenten annehmen wollten. So kam es, daß schon eine halbe Stunde vor Beginn die Tribünen vollgepfropft waren, obwohl zeitig bekannt wurde, wie sich die Parteien geeinigt hatten.

Nach 4.15 Uhr eröffnete Präsident Pfleger die Sitzung. Bei der Feststellung der Anwesenheit ergab sich, daß sämtliche 80 Mitglieder des Landtages im Saale anwesend waren. Sogleich wurde zur Wahl des Staatspräsidenten geschritten durch Abgabe von Stimmzetteln an die Schriftführer.

Zuvor gab noch der Abg. Ulrich für die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der auf das Ergebnis der Wahl vom 20. Mai hingewiesen wurde, das eine Vertrauensstunde für die Sozialdemokratie darstellte. Die Zentrumsfraktion habe erst heute nachmittag mitgeteilt, daß eine bürgerliche Regierung gebildet werden solle. Die Sozialdemokratie erblickt in diesem Beschluß einen Mißbrauch des Volkswillens und schlägt ihrerseits den Abgeordneten Keil zum Staatspräsidenten vor.

Bei der nun folgenden Wahl wurde Dr. Holz mit 38 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Weitere Stimmen erhielten Keil 22, Dr. Ströbel 1, Schöner 6, weiße Zettel waren es 12.

Staatspräsident Dr. Holz erklärte sich zur Annahme des Amtes bereit und gab kund, daß bald der Zeitpunkt eintrete, wo er das Amt des Staatspräsidenten wieder abzugeben habe. Er folgte nur dem politischen Geset der Stunde. Er lade jetzt schon die anderen Parteien zur aktiven Mitarbeit ein und werde sich bemühen, ruhig und sachlich zu arbeiten ohne Verschärfung der Parteigegensätze. (Zurufe links.)

Der Staatspräsident ernannte dann den bisherigen Justizminister Dr. Wegerle wieder, dem er auch die Führung des Wirtschaftsministeriums neu übertrug, Dr. Bazille zum Kultminister, Dr. Dehlinger zum Finanzminister; das Innenministerium wird er selbst weiter verwalten wie bisher.

Abg. Schöner (Komm.) verlas eine längere Erklärung zur Wahl des Staatspräsidenten und gegen die bürgerliche kapitalistische Regierung. Er forderte eine kommunistische Arbeiter- und Bauernregierung.

Mißtrauensanträge

Die Sozialdemokratie brachte darauf folgenden Antrag ein: Die Regierung besitz nicht das Vertrauen des Landtages.

Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei stellten den Antrag: Der Kultminister Bazille hat nicht das Vertrauen des Landtages.

Da diese Anträge den Parteien nicht schriftlich vorlagen, wurde eine Pause von 20 Minuten eingelegt.

Nach der Pause wurde zunächst über den Antrag der Sozialdemokraten (Mißtrauen gegen die ganze Regierung) durch Namensaufruf abgestimmt. Der Antrag wurde mit 40 gegen 36 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Deutsche Volkspartei) abgelehnt.

Der Antrag gegen Dr. Bazille erbrachte bei Namensaufruf der Abgeordneten 40 Ja, 39 Nein und 1 Enthaltung (Kling, Christl. Volksdienst). Da Enthaltung nach der Sitzung des Landtages wie kein gilt, standen sich also 40 gegen 40 Stimmen gegenüber. Der Mißtrauensantrag gegen Dr. Bazille war damit abgelehnt.

Zu der Abstimmung ist noch zu bemerken, daß für die neue Regierung die Rechte (Bauernbund und Bürgerpartei), das Zentrum und der Christliche Volksdienst stimmte, während sich die Deutsche Volkspartei der Stimme enthielt.

Beim Mißtrauensantrag gegen Dr. Bazille war das Verhältnis dasselbe, nur enthielt sich der Abg. Kling vom Christlichen Volksdienst der Stimme. Gegen Dr. Bazille stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei.

Abg. Schöner erklärte noch, daß diese Abstimmung eigentlich gegen Dr. Bazille ausgefallen sei, aber aus formalrechtlichen Gründen für ihn gewertet werde. Die Abstimmung habe gezeigt, daß für den Kultminister das Vertrauen nicht vorhanden sei, weil 40 Stimmen für und nur 39 gegen den Antrag waren, darunter die eigene Stimme des Kultministers. Wenn auch Enthaltung als kein Wahl, so stehe doch die Tatsache fest, daß Bazille nicht das Vertrauen des Landtages besitze.

Während der Abstimmung und dem Namensaufruf ging es zum Teil sehr lebhaft zu, namentlich auf der Linken fielen zahlreiche Zwischenrufe.

Abg. Bod (Zit.) schlug dann vor, die nächste Sitzung am Dienstag, den 12. Juni, nachmittags zur Entgegennahme der Regierungserklärung anzusetzen. Dieser Antrag wurde angenommen und die bewegte Sitzung nach 5.30 Uhr geschlossen.

Die Bildung der neuen Regierung in Württemberg hat, wie aus den Verhandlungen bekannt ist, große Schwierigkeiten bereitet. Die Deutsche Volkspartei hat sich nicht entschließen können, in die Regierung einzutreten und zwar wegen der Person Dr. Bazilles als Kultminister, obwohl der Volkspartei der Posten des Staatspräsidenten und des Wirtschaftsministers angeboten war. Die neue Regierung war nur möglich, daß der Christliche Volksdienst mit seinen drei Abgeordneten sich für die bürgerliche Regierung entschied, was ihm nicht leicht geworden ist. Der Kampf in der ersten Landtagsitzung galt deshalb auch der Ver-

son Dr. Bazilles, der ein merkwürdiges Mißtrauensvotum mit knapper Not nicht zugesprochen erhielt. Wenn auch die Deutsche Volkspartei der Gesamtregierung kein Mißtrauensvotum ausgesprochen hat, so stehen doch immer 40 gegen 40 Stimmen. Es darf als ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Volkspartei den Kultminister Dr. Bazille noch anerkennt und später in die Regierung eintritt. Der Bauernbund und die Bürgerpartei haben sich davon nicht abbringen lassen, Dr. Bazille wieder auf dem Schild zu erheben. Zweifellos steht es jeder Partei frei, den Mann ihres Vertrauens in das Ministeramt zu entsenden. Bei dem starken Gegenatz aber, den Dr. Bazille in der Mitte fand, drohte die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu scheitern. Das Bemühen der nächsten Wochen wird dahin gehen, durch Herbeiziehung der Deutschen Volkspartei die Basis zu verbreitern und eine sichere Mehrheit zu schaffen. Das ist aber mit Dr. Bazille wohl nicht möglich. So braucht man kein Prophet zu sein, um der neuen Regierung kein langes Leben zu wünschen.

Pressestimmen

Der „Schwäbische Merkur“ schreibt:

„Die alten Minister sind beisammen, nicht die alte Mehrheit! Er kann also die neue Regierung einmal anfangen zu arbeiten. Der neue Staatspräsident tratte in seiner Antrittsrede: Rühmt sich der Erweiterung der Regierung aus. Die Deutsche Volkspartei ist trotz allem Druck von rechts fest geblieben; ja sie hat nun durch Mißtrauensantrag des Mißtrauensantrags gegen Dr. Bazille eigentlich jeden weiteren Versuch, sie in eine Regierung mit Bazille zusammen herinzubringen, abgelehnt. Sie wird die künftige Tätigkeit des Kultministers mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und ihre Schritte danach einschicken. Zur Regierung aus solcher wird sie wohl in eine rein sachlich bedingte Haltung treten. Dr. Holz gehört persönlich nicht unter die politischen Temperamente, die als Sprengmittel wirken; er genießt ein persönliches Vertrauen auch bei der Deutschen Volkspartei und Demokratie, ja auch in die Sozialdemokratie hinein; und nicht diese Kreise sind es, von denen man heute schon wieder die Deutsche Volkspartei beschuldigen hört, sie sei dafür verantwortlich, daß wir nun einen katholischen Staatspräsidenten haben. Die Deutsche Volkspartei wird also wohl, wenn wir ihre Stellungnahme richtig deuten, nicht etwa die Regierungsführerin machen, sondern nach der Politik der Regierung von Fall zu Fall Stellung nehmen. Sie wird aber auch kein Verlangen haben, in dem geschlossenen und so aufgeschlossenen Kreis der alten Regierung mit dabei zu sein, der im Grunde doch den 20. Mai völlig überflüssig. Und man kann nun einmal geschichtlich Gegebenes nicht auf längere Dauer übersehen. Der Kultminister ist der schwache Punkt der Regierung, und schon am ersten Tag spürte man vom Christl. Volksdienst her die scharfe Luft. Wird von da her eines Tages der Sturm zu erwarten sein?“

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt:

„Der neue Staatspräsident gilt als erfahrener, ruhiger und kluger Politiker und Parlamentarier. Der Linken ist er als „Polizeiminister“ stets ein Dorn im Auge gewesen. In besonderer Weise ist Dr. Holz in der letzten Zeit anlässlich der Verhandlungen über die Staatsvereinfachung hervorgetreten. Er hat hier als Gegner der demokratisch-sozialistischen Einheitsstaatsentwürfen scharfe Kämpfe gegen die vormalige Linksoption in der Landtage ausgefochten. Seine Zusammenarbeit mit den Ministern der Rechten hat sich bis jetzt im großen Ganzen reibungslos gestaltet. Die erste Amtshandlung des neuen Staatspräsidenten bestand in der Berufung seiner Mitarbeiter, also in der Bildung der neuen Regierung in Württemberg. Die Regierungsführung liegt danach wie bisher in den Händen der Bürgerpartei, des Bauernbundes und des Zentrums. Es sind auch die gleichen Männer, die Minister wie bisher, die Staatspräsident Holz gleichsam in ihren Ämtern bestätigt hat. Diese Regierungsbildung ist zur Stunde nicht geklärt, so daß die heute im Landtag beschlossene Lösung keine Endlösung sein kann, sondern, wie das auch der Staatspräsident klar betonte, nur als vorläufige Lösung gedacht ist. Die neue Regierung wird also beibehalten sein, sich die Unterstützung einer oder beider noch ausstehenden bürgerlichen Parteien zu sichern. Es ist den beiden Parteien, die sich der schweren Aufgabe unterzogen haben, den vorläufigen Unterbau für eine kommende feste bürgerliche Koalition zu schaffen, zu danken, daß sie das Land zunächst einmal vor einer lödernen Regierungskrise bewahrt haben. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Parteien dafür schwere Opfer gebracht haben. Eine befriedigende Endlösung ist — wir betonen das noch einmal — nicht geklärt. Die heutigen Abstimmungen haben z. B. gezeigt, daß die Abhängigkeit der Demokratie von der Sozialdemokratie weit bestimmender ist, als sich mit einer stetigen und verlässlichen Führung der Regierungsgeschäfte in einer bürgerlichen Koalition hätte vereinen lassen. Die Deutsche Volkspartei war das Spiel der widerstrebenden Meinungen innerhalb der Parteiorgane geworden.“

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ schreibt:

„Man wird sich nicht bloß im Lande selbst, sondern mehr noch im übrigen Deutschland fragen, wie es möglich ist, daß nach einem Wahlausfall, der in klarer Unmissverständlichkeit eine Verurteilung der bisherigen Regierung Bazille-Holz aussprach, nunmehr eine Regierung Holz-Bazille gebildet werden kann, mit genau denselben Persönlichkeiten, die der alten Regierung angehört hatten, nur mit einer kleinen Namensumstellung auf dem Firmenschild. Es wird in der Tat einzig dastehen in der Geschichte des Parlamentes und bedeutet eine so vollständige Mißachtung des Wahlergebnisses und der den

Wählern in der Verfassung verbrieften Rechte, daß man schon nach schwerwiegenden Gründen suchen muß, um zu verstehen, wie eine Verfassungskonvention wie das Zentrum die Hand zu einem derartigen üblen Spiel bieten konnte. Das Zentrum pflegt doch auch sonst die Verfassungsbestimmungen zu achten. Es weiß, daß der Sinn des parlamentarischen Systems und der Verfassung verlangt, daß zunächst versucht werden muß, die Partei zur Regierungsbildung heranzuziehen, die aus der Wahl als die stärkste hervorgegangen ist. Das ist in diesem Fall die Sozialdemokratie. Und es wäre nicht nur aus formal-parlamentarischen, sondern auch aus anderen Gründen das Gebotene gewesen, die so stark angeschwollene Sozialdemokratie an der Verantwortlichkeit der Regierung zu beteiligen, statt sie in eine für sie aufs neue aussichtsreiche Opposition zu stoßen.

Zur Lage.

Die Sommertagung des Völkerbundesrates, die als die 50. Tagung des Rates eigentlich eine Jubiläumstagung war, hat in der zu Ende gehenden Woche nicht das Maß der Beachtung gefunden, das man sonst den Genfer Ereignissen entgegenbringt. Die Welt in Europa und anderswo ist mit Fragen beschäftigt, die das Interesse mehr fesseln, als die Reden von Genf und die theoretischen Bemühungen des Rates um Wahrung des Gleichgewichts der Mächte. In Frankreich stand die Eröffnung der am 22. April gewählten Kammer bevor und das Interesse war auf die Regierungserklärung Poincarés gerichtet, in Deutschland war die Frage der künftigen Regierungsbildung im Vordergrund und in der Weltpolitik wurden die Vorgänge in China viel beachtet. Im übrigen war die Dessenlichkeit darauf gespannt, welchen Erfolg die Maßnahmen zur Rettung Nobiles zeitigten oder wie sich die Zwischenfälle beim Fußballturnier in Amsterdam und deren Ergebnisse auswirkten. Außerdem gab es eine Fülle von Kongressen und Tagungen, sodaß es begreiflich ist, wenn die politischen Probleme, die in Genf zur Verhandlung standen, zumal auch Briand und Stresemann, zwei Hauptakteure des Völkerbundesrates, fehlten, nicht die sonst übliche Beachtung fanden.

Es waren wieder alte Dinge, die der Völkerbundrat zu behandeln hatte. Der Konflikt zwischen Polen und Litauen konnte nicht gelöst werden. Man griff zu dem bequemsten Mittel, eine Entscheidung zu lassen, im übrigen aber die Entscheidung auf die nächste Ratsagung zu verschieben. Chamberlain, der britische Außenminister, sprach in bittenden und beschwörenden Worten vom Geiste der Versöhnung und des guten Willens, während der französische Boncour den Litauern ein Ultimatum stellen wollte. Fast noch komplizierter gestaltete sich die Lage in Genf bei Beratung der ungarischen Waffenschmuggelaffäre von Szent Gotthard. Frankreichs Absicht war, mit Unterstützung seiner Freunde im Osten im Völkerbundrat bei dieser Gelegenheit eine Verschärfung des Untersuchungsverfahrens (Nachforschung nach militärischen Rüstungen bei den Besiegten) durchzusetzen. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen und schließlich zur Annahme einer Entschliegung, durch welche der Zwischenfall von Szent Gotthard beseitigt und einige Änderungen über die Befugnisse des Ratspräsidenten beschlossen wurden. Ein Eingreifen des Ratspräsidenten im Falle einer Klage über geheime Rüstungen bleibt jedoch ausgeschlossen. Zur Behandlung steht noch der ungarisch-rumänische Optantenstreitfall, der schon mehr als ein Duzendmal den Völkerbundrat beschäftigt hat. Im ganzen darf gesagt werden, daß die Sommertagung in Genf wenig zur Sicherung des Friedens in Europa beigetragen hat.

Beinahe wichtiger erscheint die offene Rede Mussolinis im Senat, in der er die Beziehungen Italiens zu allen Völkern beleuchtete. In England besteht eine „tiefe und traditionelle“ Freundschaft, zu Ungarn hat Italien „besonders herzliche“ Beziehungen, zu Spanien findet Mussolini „ausgezeichnete“ Bande, zu Oesterreich seien die Beziehungen „diplomatisch korrekt“ und zu Deutschland sogar „herzlich“. Zu letzterem fügte er die Bemerkung an, daß das Verhältnis viel besser sein könnte, wenn diese Sympathie nicht durch die Handlungsweise gewisser verantwortlicher Kreise eine Einbuße erlitten hätte. Mussolini meint damit die Südtiroler Frage. In Deutschland wird man sich aber das Recht nicht nehmen lassen, für die Erhaltung deutschen Kulturgutes in Südtirol einzutreten. Von Frankreich sagte Mussolini, daß die Beziehungen eine „reichlich bewegte Geschichte“ hätten und gegenüber Südbawien bemerkte er, daß Italien Freundschaft wolle. Unter dessen scheint es auch gelungen zu sein, den sehr ernst aussehenden Konflikt zwischen Belgrad und Rom in friedliche Bahnen zu lenken.

Im fernem China hat die letzte Woche Ereignisse von weittragender Bedeutung gebracht. Tchangschin hat Peking geräumt und scheint einem blutigen Anschlag zum Opfer gefallen zu sein. Er wurde schon mehrere Male totgeköpft. Nunmehr steht fest, daß er schwer verletzt ist und kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Tchangschin war in der Jugend Banernführer, ernannte sich dann zum Tierarzt, arbeitete als Gärtner, war Führer einer Räuberbande in der Mandchurie, wobei er einen Dienst zum Schutze der Steuerzahler organisierte. So machte er sich einen Namen in der Mandchurie und wurde mit Hilfe der Japaner zum nationalen Helden ganz Chinas. Während des russisch-japanischen Krieges trieb er Spionage für die Japaner, erwarb sich Munition und Waffen, militärischen Rang und Orden und spielte die führende Rolle bei der chinesischen Revolution im Jahre 1910. Nach dem Krieg schloß er mit Bolschewisten und Zaristen, proklamierte in der Mandchurie die Herrschaft der Sowjets und verstarb es, sich Reichthümer zu verschaffen. Seit dem Bürgerkrieg im Jahre 1921 liegt sein Stern noch mehr, er machte sich zum Helden des chinesischen Nordens mit dem Sitz in Peking, gestützt von den Japanern. Die chinesische Freiheitsbewegung des Südens, die nun bis nach Peking gedrungen ist, hat Tchangschin und damit der Herrschaft der Japaner im Norden ein Ziel gesetzt. Nunmehr kann sich Japan nicht mehr hinter dem Rücken Tchangschins, seines treuen Dieners, verhehlen, es muß Farbe bekennen, ob es die Mandchurie dauernd besetzen oder herausgeben will. Die große Weltpolitik am Stillen Ozean, die Rivalität zwischen Japan und Amerika, steht nun zur Entscheidung. Aufbau oder neuer Bürgerkrieg, das ist die Frage, um die es in China selbst geht.

Das Luftschiff *Nobiles*, das seit 14 Tagen verschollen ist, wird eifrig gesucht. Es ist irgendwo im Gebiet des hohen Nordens notgelandet oder gescheitert. Radioamateure und zuletzt auch das Luftschiff der *Italia*, die *Rilano*, wollen jedoch regelmäßige Notrufe vernommen haben, so daß die Hoffnung bleibt, in den nächsten Tagen den verschollenen Rettung zu bringen.

Mit dem Ende dieser Woche beginnen in Berlin die Verhandlungen über die Bildung einer Reichsregierung. Der Reichspräsident wird am Samstag die Parteiführer empfangen, um von ihnen ein vollständiges Bild der politischen Lage zu gewinnen. Am kommenden Dienstag wird die bisherige Reichsregierung zurücktreten und hierauf soll der Reichspräsident den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Voraussichtlich wird der frühere Reichskanzler Hermann Müller-Franken (Soz.) den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts erhalten, nachdem die Sozialdemokraten in Köln auf einer Parteitagung ihre Bereitschaft bekundet haben, die Führung in der Regierung auf Grund des Wahlergebnisses zu übernehmen. Man rechnet damit, daß die Bildung der Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition erfolgt, wenn sich nicht bei den Besprechungen allzu große Schwierigkeiten hinsichtlich des politischen Programms herausstellen. Vom Zentrum und von der Deutschen Volkspartei wird jedoch gewünscht, daß auch in Preußen die Regierung durch Hereinnahme der Deutschen Volkspartei eine Erweiterung erfährt. Die Sozialdemokratie in Preußen lehnt dies vorerst noch ab und will wie bisher auf der Grundlage der Weimarer Koalition weiter regieren.

Poincare vor der Kammer

Paris, 8. Juni. Die Kammer war am Donnerstag nachmittag in Erwartung der programmatischen Erklärung der Regierung bis auf den letzten Platz besetzt. Auf der Regierungsbank hatten sämtliche Minister Platz genommen.

Ministerpräsident Poincare wurde stets von starkem Beifall unterbrochen. Einleitend wies er darauf hin, daß das zwei Jahre bestehende Kabinett nach Auflösung der Regierung die Billigung der Wähler erlangen habe, so daß sie es für ihre Pflicht halte, auf dem Posten zu bleiben. In dem innerpolitischen Programm hob Poincare besonders die Wahrung der Republikgesetz, der Neutralität der Schule und der Sicherung des Landesraumes hervor. Diese Gesetze, die nicht gegen die Freiheit der freien Schule und die religiösen Ueberzeugungen verstießen, zielten von der Mentalität der Schule fern. In den Streit über die Anwendung oder Nichtanwendung dieser Gesetze auf Elsass-Franzosen tritt Poincare mit der Feststellung ein, daß es in Frankreich drei Departements gebe, denen eine lange Trennung nicht ermächtigt habe, ihre Stimmen zu Gehör zu bringen, als die französischen Schulgesetze verabschiedet und das Referat gekündigt wurde. Diese drei Departements hätten sich seit 1870 die alte Gesetzgebung bewahrt und hingen durch jahrhundertalte Gewohnheiten an einer Konfessionschule. In ihnen sei neben dem Französischen und Deutschen stets ein Sonderdialekt gesprochen worden. Weder Gerechtigkeit, noch anderer Menschenverstand, noch unerwiderliche Liebe gestatteten, ihnen ein Statut aufzuzwingen, das sie niemals kannten.

Wir können nicht vergessen, daß in dem noch beunruhigten Europa die friedfertigen Nationen sich nicht der Pflicht entziehen können, an ihre ständige Sicherheit zu denken und, da die Grenzen von 1870 auf Grund der internationalen Verträge und unserer unveränderlichen Rechte Grenzen eines unteilbaren Frankreichs bleiben werden, dürfen wir sie nicht offen und entblößt lassen. Niemand in der Welt könnte die Loyalität unserer friedlichen Absichten in Zweifel ziehen. Den Frieden im Innern hebt Poincare besonders bedroht durch die Intrigen der Kommunisten, denen er scharfen Kampf ansagt. Er fährt alsdann fort: Wir wollen zum Wohle des Vaterlandes, zum Wohle Europas, zum Wohle der Menschheit arbeiten. Der Krieg ist vorbei, wir sind als Sieger aber hat mildegenommen daraus hervorgegangen. Nach jedem blutigen Konflikt ist es Sache der Sieger, den Besiegten die Hand zu reichen, wenn diese bereit sind, endlich die Verträge zu beobachten und wenn sie nicht die ewige Erinnerung an die Feindseligkeiten verwehren wollen. Aber auherdem ist es Sache sämtlicher erwachten Völker, Sieger wie Besiegten, ja sogar der Neutralen, einzusehen, daß keines von ihnen sich vollkommen wieder erheben kann, wenn nicht

alle sich gegenseitig durch progressive wirtschaftliche, intellektuelle und moralische Fortschritte helfen. Frankreich verlangt von niemand etwas, es sei denn die Einhaltung der ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Weit davon entfernt, Frankreich zu isolieren, sind wir fest entschlossen, uns immer enger dem Leben der Welt anzuschließen. Wir gehören nicht zu denen, die sich einbilden, aber vorzugeben, daß der Begriff des Vaterlandes überlebt sei, aber wir sind überzeugt, daß in der Welt, in der die Wissenschaft tagtäglich die Begriffe von Raum und Zeit umstürzt, kein Volk mehr ein Recht hat, sich auf sich selbst zurückzuziehen noch andere zu beherrschen, sondern das Gedeihen eines jeden vom allgemeinen Gedeihen abhängt, daß zwischen den Nationen wie zwischen den Individuen der Fortschritt für den einzelnen nur möglich ist bei einem Fortschritt für alle.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung schließt Kammerpräsident Bonisson vor, die Erörterung der allgemeinen Politik der Regierung und die Anträge der Abgeordneten Walter und Ubrer über die Freilassung der verhafteten Autonomen und über die Frage der Amnestierung aller wegen politischer Verbrechen Verurteilten auf den kommenden Donnerstag zu vertagen. Hiergegen erhebt sich Widerspruch. Als der katholische elsässische Abgeordnete Riesel Walter das Wort erteilen will, entsteht solcher Lärm, daß es dem Vorsitzenden der Kammer nicht gelingt, dem Abgeordneten Gehör zu verschaffen. Es muß deshalb die Sitzung unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme fordert der Abgeordnete Walter die sofortige Beratung seiner Anträge, da über die Tätigkeit der Abgeordneten Dr. Rieth und Koffe nur in deren Gegenwart verhandelt werden könne. Das gesamte Elsass erwarte, daß man den vom Schwurgericht Verurteilten dies zubillige, da es der Tradition der Kammer entspreche. Wir wollen im Elsass, so erklärte der Abgeordnete, nicht die Luft der Gefängnisse und der Schwurgerichte, sondern die der vollen Freiheit atmen und unsere selbständige Persönlichkeit behalten. Hierauf wird über den Antrag des Kammerpräsidenten, der die Zustimmung gibt, daß an der Spitze der Tagesordnung der Donnerstagssitzung die Anträge Walter und Ubrer stehen würden, in namentliche Abstimmung eingetreten. Mit 427 gegen 169 Stimmen beschloß die Kammer, die Besprechung der Intervention Walter um eine Woche zu vertagen.

Am Montag beginnen wir

mit dem Kriminalroman

Der Wald von Fogaras

von Hermann Dreßler

worauf wir unsere Leserinnen und Leser besonders hinweisen

Die Kabinettsbildung in Preußen vertagt

Vürstensen im preußischen Landtag

Berlin, 8. Juni. Im preußischen Landtag kam es am Freitag bei der ersten Sitzung zu heftigen Szenen. Der kommunistische Abgeordnete Kasper verlangte nacheinander sofortige Abstimmung über die Freilassung der im Gefängnis sitzenden kommunistischen Abgeordneten Zebel und Brauns. Alterspräsident von Fobadovsky stellt fest, daß dies nur möglich ist, wenn kein Abgeordneter Widerspruch erhebt. Auf der Rechten wird von einzelnen Abgeordneten jügend Widerspruch erhoben. Bei den Kommunisten bricht sofort Lärm aus. Man hört bei ihnen Rufe: Psi! Wer ist der Lump! Unerhört! Das ist ja gar kein Abgeordneter! Aufstehen und singen! Die Kommunisten laufen hinter den Banktreiben herum zur rechten Seite des Hauses, wo sich der Abgeordnete Fomjod (Bauernpartei und Landvolkspartei) zu dem Widerspruch bekennt. Die Kommunisten drängen ihn allmählich durch einen Gang nach vorne auf das Präsidium und jellen schließlich mit den Häuten über ihn her, ohne daß andere Abgeordnete ihm zu Hilfe springen. Der Abgeordnete Fomjod wehrt die Särlage mit den hochgehobenen Armen wenigstens vom Kopfe ab. Alterspräsident Graf von Fobadovsky verläßt unter allgemeiner Unruhe den Präsidensstuhl und hebt die Sitzung auf. Die Kommunisten lassen von dem Abgeordneten Fomjod ab. Die Unruhe im Hause dauert jedoch noch minutenlang an. Als endlich Ruhe eingehtreten ist, stellt Graf von Fobadovsky fest, daß er das älteste Mitglied des Hauses ist und übernimmt das Präsidium bis zur Wahl des endgültigen Vürstos. Der Alterspräsident begrüßt sodann die Abgeordneten, wobei er wieder von den Kommunisten lärmend unterbrochen wird: „Die Abgeordneten sitzen ja in den Gefängnissen! Immer wieder von den Kommunisten durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen, betont der Alterspräsident, daß die eigene Verantwortung jedes Abgeordneten im neuen Volkshaus schwerer wiege als im alten Staat. Die Regierung habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die bestehende Staatsordnung gegen jeden Versuch der Vergewaltigung zu schützen. Mit der bestehenden Verfassung müsse sich jeder Staatsbürger abfinden. Diese Verfassung lehre die Gleichheit jedes Bürgers (Jurafe bei den Kommunisten: Klassenjustiz!) und die Unverletzlichkeit des Privateigentums. (Jurafe bei den Kommunisten: Aufwertung!)

Es bleibt bei der bisherigen Regierung in Preußen

Berlin, 8. Juni. In der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der bisherigen Regierungsparteien des preuß. Landtags machte Ministerpräsident Otto Braun die Mitglieder des Ausschusses mit dem Inhalt der Regierungserklärung bekannt, die heute gleich nach der Wahl des Präsidiums im Landtag abgegeben wird. — In der Regierungserklärung wird der „Vossischen Zeitung“ zufolge, gesagt werden, daß die gegenwärtige preußische Regierung durch das Wahlergebnis sich in ihrer bisherigen Tätigkeit gerechtfertigt und befähigt fühlt und daß die Regierung unverändert im Amt zu verbleiben gedenkt. Am Schluß der Rede wird der Ministerpräsident erklären, daß mit staatsbeherrschenden Parteien, die loyal in der Regierung mitzuarbeiten gewillt sind, zu gegebener Zeit über eine

Erweiterung der Regierungsbildung verhandelt werden wird. Im übrigen wird die Regierungserklärung ein Programm für die in der nächsten Zukunft notwendigen gesetzgeberischen Arbeiten enthalten. Der interfraktionelle Ausschuss erklärte sich einstimmig mit der beabsichtigten Regierungserklärung einverstanden.

Außerdem beschloß der interfraktionelle Ausschuss, die Einbringung des schon in der letzten Tagung des früheren Landtags eingebrachten Flagenantrags zu wiederholen, der die Beschlagnahme der Dienstgebäude, der zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Gebäude und sonstigen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie der öffentlichen Straßen und Plätze als Angelegenheit der Landeshoheit zu den örtlichen Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung gehörig bezeichnet. Das gleiche gelte für die nicht vom Staat allein unterhaltenen Schulen. Auch das Flagen durch die übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts unterliege der Bestimmung durch das Staatsministerium.

Für die Religionsgesellschaften bestehe keine Verpflichtung zur Beschlagnahme.

Kein Vertrauensantrag für die preußische Regierung
Berlin, 8. Juni. Die preußische Regierungskoalition hat beschlossen, auf die Einbringung eines besonderen Vertrauensantrages für das Kabinett Brauns zu verzichten. Die Parteien sind der Auffassung, daß nach dem Ergebnis der Wahlen ein solches Vertrauensvotum nicht notwendig sei und daß es genüge, wenn der kommunistische Misstrauensantrag mit großer Mehrheit abgelehnt werde.

Der Völkerbundsrat

Genf, 8. Juni. Der Völkerbundsrat hat Freitag vormittag die Berichte über drei der vorliegenden acht oberhalblichen Minderheitsbeschwerden genehmigt. In bezug auf die Schulbeschwerden des Deutschen Volksbundes über die Nichterrichtung bzw. Schließung der deutschen Minderheitenschule in Breslau steht der Rat in der Vertagung der Minderheitenschule nach einem abgelesenen Nachbarort eine unbillige Härte gegenüber den 6-10jährigen schulpflichtigen Kindern. Ferner nahm der Rat Kenntnis von den gerichtlichen Maßnahmen, die deutscherseits gegen 25 Personen getroffen worden sind. Die dritte Minderheitsbeschwerde betrifft die Zwischenfälle anlässlich der Einschreibung der Kinder für die deutsche Minderheitenschule in Godulla, wo u. a. bei neun Erziehungsberechtigten die Fenster eingeworfen waren. Der Völkerbundsrat nahm von den Erklärungen der polnischen Regierung Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß geeignete Strafmaßnahmen gegenüber den verantwortlichen Personen ergriffen werden. Ein dritter Punkt der Tagesordnung, der die Sicherheitsverhältnisse in Ost- und Oberschlesien betrifft und 75 Terrorfälle aus den letzten Jahren aufzählt, wurde wegen verspäteter Zustellung an die polnische Regierung bis zur nächsten Tagung verschoben. Bei Entgegennahme des Berichts über die Tätigkeit des Opiumausschusses sprach Chamberlain die Ansicht aus, daß mit dem Inkrafttreten der Opiumkonvention vom Februar 1925 noch im September ds. Js. gerechnet werden könne. Zur Frage der Errichtung einer eigenen Funktion des Völkerbundes erklärte Chamberlain, daß der vorliegende Bericht eine Entscheidung durch die nächste Völkerbundsversammlung noch nicht zulasse. Zu Beginn der Sitzung war u. a. der Tätigkeitsbericht des Finanzkomitees genehmigt worden. Dieser Bericht stellt die dringliche Aufhebung jeder Finanzkontrolle über Oesterreich fest, da zum 1. Juli auch der bisherige Vertreter der Treuhänder in Wien, der Dolländer von Troffing, seine Tätigkeit einstellt und die Verwaltung der 70 Millionen Goldkronen betragenden Restsumme der Völkerbundsanleihe dem Präsidenten des Finanzkomitees, dem schweizerischen Bankpräsidenten Dabois, übergibt.

Neues vom Tage.

Manifest der südhinesischen Regierung

London, 8. Juni. „Daily Telegraph“ berichtet aus Schanghai: Der politische Zentralrat teilt mit, daß er ein Manifest über die Innen- und Außenpolitik der südhinesischen Regierung vorbereitet. Es fordert die Aufhebung aller unbilligen Verträge und den Abschluß neuer Verträge, ferner wird in dem Manifest die Durchführung aller von Sunjatsen vertretenen Wiederaufbaumassnahmen einschließlich der Einberufung eines nationalen Volkskongresses angekündigt.

Ein Explosionsunglück bei der Reichsmarine

Am Donnerstag detonierte bei einer Übung der Reichsmarine östlich Schleimünde bei Kiel ein Sprengkörper. Durch den Unfall fanden sechs Angehörige der Reichsmarine den Tod, vier wurden schwer und drei leichter verletzt, die durch den auf den Übungsfahrzeugen befindlichen Marinearzt sofort ärztliche Hilfe erhielten.

Das Sprengunglück auf „E 12“

Kiel, 8. Juni. Zu dem Unglück auf dem Minenleger E 12, bei dem sechs Marinesoldaten getötet und vier schwer verletzt wurden, verlautet weiter, daß wenig Hoffnung besteht, den Matrosengefreiten Daum aus Darmstadt, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hat, am Leben zu erhalten. Dagegen ist man bezüglich der drei anderen Schwerverletzten, die zum Teil schwere Arm- und Beinverletzungen davongetragen haben, durchaus hoffnungsvoll. Das Unglück soll beim Ausheben einer Mine während der Sperrübung entstanden sein.

Der Reichspräsident hat folgendes Telegramm an den Chef der Marineleitung gerichtet: „Tieferschüttert durch die Nachricht von dem Explosionsunglück bei Schleimünde bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der in treuer Pflichterfüllung Verunglückten der Reichsmarine die Versicherung meiner aufrichtigsten Teilnahme zu übermitteln und den Verletzten meine herzlichsten Wünsche für baldige Wiederherstellung auszusprechen. Einem Bericht über die Ursache des Unfalles lege ich entgegen. gez. von Hindenburg.“



Vereitelter Mordanschlag auf den japanischen Premierminister

Tokio, 8. Juni. Donnerstag morgen wurde in Ueno ein Mordanschlag auf den japanischen Premierminister Tanaka versucht, der glücklicherweise vereitelt werden konnte. Der Premierminister befand sich auf der Fahrt nach Utsunomiya, um dort an einer Parteikonferenz teilzunehmen, als auf der Eisenbahnstation Ueno plötzlich ein Mann in Arbeitskleidung auf ihn zusprang und versuchte, ihn mit einem Dolch niederzustechen. Durch das rechtzeitige Zutreten von Polizeibeamten und der Leibwache des Premierministers wurde das Attentat verhindert und der Angreifer verhaftet.

Das Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten
Tokio, 8. Juni. Auf Grund von Untersuchungen durch Beamte des Innenministeriums über den Charakter des Attentats auf den Ministerpräsidenten wird erklärt, dem Attentat sei keine politische Bedeutung beizumessen. Der Attentäter werde wahrscheinlich als gewöhnlicher Verbrecher angeklagt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 9. Juni 1928.

Postzustellung. Seit 15. Mai ds. Js. ist durch die Einlegung des Zuges 61 (Nagold ab 13.50, Altensteig ab 14.55) eine wesentliche Verbesserung der Briefpostförderung eingetreten, die sich hauptsächlich dahin auswirkt, daß die Briefpost von Norddeutschland und von Stuttgart mit den Tageszeitungen schon um 14.55 anstatt seither 18.40 hier eintrifft. Dadurch ist das Postamt im Einvernehmen mit dem hiesigen Gewerbeverein in die Lage versetzt, die Briefzustellung zu verbessern, indem anstatt der zwei Vormittagsbriefzustellgänge ein solcher im Anschluß an Zug 1 (Altensteig an 8.18), der zweite im Anschluß an Zug 61 (Altensteig an 2.55) stattfinden kann. Der Frühbestellgang muß allerdings wegfallen, da für Orte in der Größe von Altensteig nicht mehr als zwei Briefbestellgänge genehmigt werden. — Das Postamt hofft, mit der Neuregelung den Beifall der hiesigen Einwohnerschaft zu finden. Etwas Bedenken wollen bei dem Postamtsvorstand angebracht werden. Die Neuierung soll am 11. ds. Mts. in Kraft treten.

Nagold, 8. Juni. (Brüderkonferenz.) Am letzten Mittwoch fand nachmittags im Vereinshaus unter Leitung von Herrn Dekan Otto und in Anwesenheit von Herrn Pfarrer Horn, dem Nachfolger von Herrn Insp. Luz, die jährliche Brüderkonferenz der altprotestantischen Gemeinschaften statt. Es nahmen daran auch namhafte Vertreter aus dem Bezirk Herrenberg und Calw teil. Herr Dekan Otto stellte in eingehender, nachdrücklicher Weise die Konferenz unter Lösung (Ps. 119,81) und Lehrtz (Matth. 6,33) des Tags, deren innere Verbindung er überzeugend darlegte. Unser Ziel und unsere Sorge muß sein, daß die Seele in selbständige Verbindung mit Gott treue durch gehorsame Beugung und wir Anschluß an das lebendige Wort Gottes in Jesus Christus und daß das Reich Gottes komme. — Pfarrer Horn legte in gehaltenen Ausführungen dar, daß es sich in der ganzen deutschen Gemeinschaftsbewegung handle um das eine große Anliegen: eins ist not, nur Du! — Wir sollen verkörpertes „Wort“ werden. Wo das Wort lebendig ist, da entsteht „Gemeinde“; wo „Gemeinde“ ist, da steht etwas vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit in Erscheinung. — Es soll bei uns allen immer mehr zum Ausdruck kommen, daß wir nur in Ihm gegründet sind. In der Vollendung wird unsere Doppel-Natur umgewandelt werden zur Geislnatur. — An der Aussprache beteiligten sich noch eine Reihe von Brüdern. — Es war eine gesegnete, den Zusammenhalt, die Treue und Liebe stärkende Konferenz.

Wildberg, 7. Juni. Die Autolinie Wildberg—Herrenberg über Sulz, Ruppington und Affstatt ist nunmehr genehmigt worden. Wegen der Betriebseröffnung wird noch Näheres bekanntgegeben werden.

Calw, 7. Juni. Die Eisenbahnbrücke über den großen Radbuck beim Adler auf der Pforzheimer Linie wurde durch eine neue ersetzt. Zwei mächtige Krane hoben die Brücke in die Höhe, worauf sie sofort weggeführt wurde. Am andern Tage wurde die neue Brücke gelegt. Die Linie ist dabei selbst zweigleisig. Der Arbeit sahen hunderte von Personen zu. Die Brücke mußte durch eine neue ersetzt werden, da sie für die schweren Lokomotiven zu schwach war.

Freudenstadt, 6. Juni. Wie erinnerlich, ist bei dem vorjährigen Besuch des Bischofs Dr. Sproll der Neubau einer katholischen Stadtpfarrkirche in Erwägung gezogen worden. Nunmehr liegen bereits die Pläne für den Kirchenneubau vor und es kann damit gerechnet werden, daß noch im Laufe dieses Jahres mit dem Bau begonnen wird. Die neue Kirche, die auf dem bisherigen Platz der katholischen Kirche erstellt wird, wird neben dem Hauptraum eine Andachts- und zwei Beichtkapellen erhalten. — Ein anderer Kirchenbau wird ebenfalls binnen kurzem seiner Verwirklichung entgegenreisen. Die neuapostolische Gemeinde, die bisher die unteren Wirtschaftsräumlichkeiten im Gasthof z. „Traube“ als Versaal gemietet hatte (die ihrem früheren Zweck wieder zugeführt werden sollen) hat sich entschlossen, an der unteren Schwabenstraße eine Kirche mit Wohnhaus zu erstellen. Die Kirche enthält im Untergeschoß einen kleineren Saal mit 120 Sitzplätzen, im Erdgeschoß einen großen Saal mit 500 Sitzplätzen. Auf der Brüstung und Empore sind weitere 150 Sitzplätze vorgesehen.

Herrenberg, 7. Juni. Die Kraftwagenlinie Herrenberg—Nagold hat nunmehr ihre gesamte, aus dem Erwerb des Wagens herrührende Schuld abgedeckt; die Linie Herrenberg—Calw dagegen ist noch mit rund 28 000 Mark belastet.

Waldbusch, O.A. Stuttgart, 8. Juni. (Tödl. i. H. n. f. a. l.) Karl Wollbold, Besitzer der Walzenmühle, brachte sein Pferd nach Echterdingen zum Beschlagen. Auf dem Heimweg in der Nähe der Schloßmühle scheute das Pferd, schlug aus und traf den Wollbold so schwer auf die Brust, daß der schnell herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

Reutlingen, 8. Juni. (Submissionsblüten.) Für das Altenheim wurden vom Gemeinderat eine ganze Anzahl Innenarbeiten im Wege der Submission vergeben. Hierbei zeigte sich eine Submissionsblüte merkwürdigster Art bei den Anfrischarbeiten. Von 11 Angeboten rechnete das teuerste mit einem Betrag von 11 854 Mark, das billigste mit einem solchen von 5771 Mark.

Ludwigsburg, 8. Juni. (Verj. m. h. l. i. e. d. e.) Einen schrecklichen Fund machte am Dienstag früh ein Reichswachtoldat im Osterholz. An einem Baum hing ein etwa 30-jähriger Mann, der bereits leblos war. Es handelt sich um einen Selbstmord aus verjämmerter Liebe. Die Braut des betreffenden Mannes, die während der Pfingstfeiertage aus Thüringen hierher gekommen war, hatte von einem anderen Verhältnis erfahren und dann alle Beziehungen abgebrochen. Dies nahm sich der jetzt Verjämmerter so zu Herzen, daß er freiwillig aus dem Leben schied.

Der Doppelmord auf dem Schwarzwald — Der Brand der Leichen

Freiburg i. Br., 8. Juni. Die Sektion der nach Freiburg überlieferten Leichen der auf der Weistannenhöhe ermordeten Ida und Luise Gersbach hat ergeben, daß beide sowohl Schuß- als auch Stichwunden aufweisen. Bei der Jüngeren der beiden Ermordeten, der 26 Jahre alten Luise Gersbach, wurden zwei Schußwunden festgestellt. Der Täter hat sichtlich das junge Mädchen, die vom Weir abgetreten war, überrascht und ihr zwei Schüsse beigeschossen, und zwar unterhalb der Schläfen vor beiden Ohren. Beide Köpfe, da der Schädel selbst unverletzt geblieben ist, nicht sofort tödlich gewirkt haben. Der Täter hat dabei den Stich in den Hals ausgeführt und das Messer dann durchgezogen. Das Mädchen muß an dem starken Blutverlust kurz darauf verstorben sein. Bei der Älteren, der 36 Jahre alten Ida Gersbach, wurden ebenfalls im Kopf zwei Schüsse gefunden. Mit ihr muß der Täter einen ziemlich heftigen Kampf gehabt haben. Während das Gesicht der Jüngeren irgendwelche traumatischen Erscheinungen nicht zeigt, — diese sind auch am Körper des Mädchens nicht zu bemerken — kann man aus dem Gesicht der Älteren der beiden Ermordeten unzweifelhaft erkennen, daß der Mörder mit ihr kein leichtes Spiel gehabt hat. Die Gesichtszüge sind entsetzt, die Zähne kramphast zusammengebissen. Auch die beiden Hände sind geballt. Den Stich in den Hals hat der Mörder mit außerordentlicher Wucht ausgeführt. Die eine Halsseite war bis zum Halswirbel vollkommen aufgeschlitzt, jenseit der Wirbel war teilweise beschädigt. Die Geschosse mußten aus einer kleinen Waffe mit 6,35 Millimeter Durchmesser stammen. Es hat den Anschein, als ob der Täter — man ist von dem Gedanken, es mit Zweien zu tun zu haben, auf Grund des Befundes abgesehen — nicht gewußt hat, daß sich die Jüngere in Begleitung einer älteren Person befand, und daß er diese, die der Jüngeren wohl zu Hilfe eilte, beiseite, um sich ihrer als etwaiger Zeugin der Mordtat zu entledigen. Er muß es dann sehr eifrig gehabt haben; denn er hat sich nicht die Mühe gegeben, den Rucksack der Älteren genau zu durchsuchen. Er würde dann in einem Briefumschlag die Papierscheine gefunden haben, die sich noch im Rucksack voranden. Auch ein kleines silbernes Messerchen hat seine Aufmerksamkeit in der Eile nicht auf sich gezogen, auch hat er wohl in ihm größere Geldbeträge mit Recht nicht vermutet. Dieses Täschchen wurde ebenfalls auf dem Mordplatz vorgefunden, daneben fehlt vom der Älteren die Armbanduhr. Alle sonstigen Gegenstände, die Ida Gersbach bei sich gehabt haben dürfte, sind vorgefunden worden, darunter auch der zerbrochene Wanderstirn, die Kämme, die sich bei dem Kampfe aus den Haaren gelöst haben usw. Bei der Jüngeren fehlt dagegen jegliches Geld, das sie zweifelhaft bei sich gehabt hat. Es dürfte ein Betrag von etwa 40 M. sein, der fehlt. Die Abtötung eines Stillschlechtsattentats hat bei dem Täter gegenüber seinem jüngeren Opfer unzweifelhaft vorgeleitet, er hat die Tat aber, wie der Befund ergeben hat, nicht zur Ausführung gebracht, das gleiche wurde bei dem Älteren der beiden Opfer festgestellt. Die Ermittlungen der Behörden sind natürlich außerordentlich erschwert dadurch, daß zwischen dem Zeitpunkt der Tat und der ersten Unterrichtung der Behörden eine Reihe von Tagen liegen, in denen wiederholt Regen gefallen ist. Seitens der Staatsanwaltschaft Freiburg wird nunmehr eine Forderung ausgesprochen werden. In dieser wird besonders auch darauf hingewiesen werden, daß der Täter bei dem Kampf mit seinem zweiten Opfer Kratzwunden davongetragen haben dürfte.

Für sachdienliche Mitteilungen, insbesondere über verdächtige Personen, die zur Zeit der Mordtat auf der Weistannenhöhe in der Umgebung des Tatortes gesehen wurden und die zur Erreichung des Täters führen, ist eine Belohnung von bis her 1000 RM. durch die Staatsanwaltschaft in Freiburg ausgesetzt worden. Die bei der Älteren der beiden Ermordeten vermißte Armbanduhr ist eine ältere, silberne Damenremontuhr mit arabischen Zahlen. Auf der Rückseite der Uhr findet sich eine Verzierung durch Blätterranken und ein kleines Monogrammschild ohne Monogramm. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Man hat den Verdacht, der auf einen gewissen Wäckerdorfer aus Magdeburg hinweist, fallen lassen. Noch keine Dinge kommt dieser unzweifelhaft nicht in Betracht, worauf die vor dem Abschluß stehenden diesbezüglichen Ermittlungen schon jetzt hinweisen. Feststeht bis her nur, daß der Täter nach dem Mord auf dem auf der Weistannenhöhe links abzuweisenden Betschulhofweg, der später wieder auf den Höhenweg mündet, entkommen ist. Die bisherigen Ermittlungen haben weiterhin erbracht, daß die beiden Ermordeten nicht in Gesellschaft einer männlichen Person, die mit dem Magdeburger Führerrevolver identisch sein könnte, gewesen sind. Sie haben vielmehr beide an dem Tage ihrer Ermordung, also am Donnerstag voriger Woche, gegen 9 Uhr morgens das Thurner-Bathaus verlassen, nachdem ihnen der W. zur Weistannen-höhe genau gezeigt worden war.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

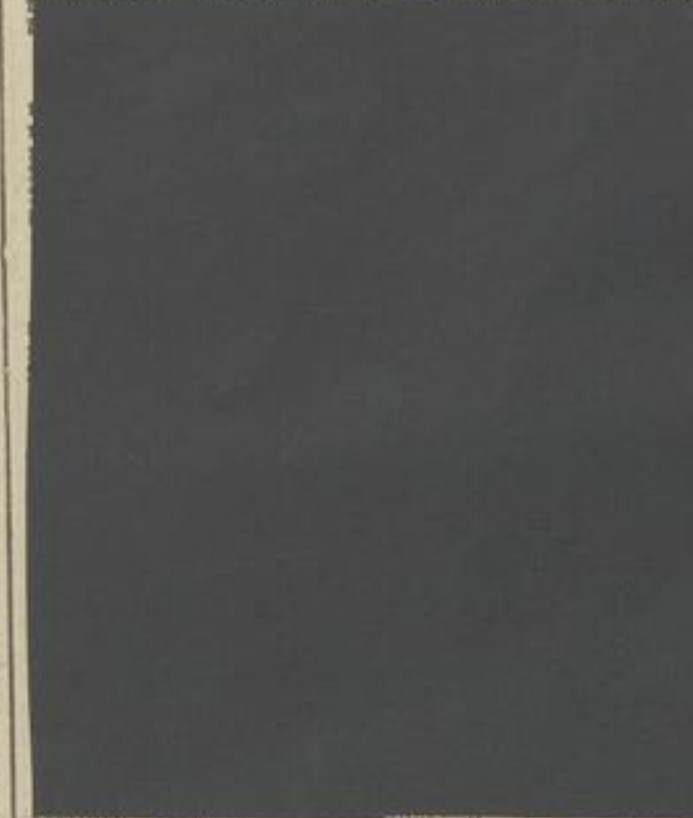
Die sprechende Maschine. Die neue sprechende automatische Maschine, die sich in vieler Hinsicht den Fähigkeiten des Menschen nähert, so z. B. Kunden im Geschäft bedienen und ganze Sätze wiederholen kann, ist von der Remington Arms Comp. in Newyork konstruiert worden. Man will eine Gesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Dollar bilden, die diese Maschine auf den Markt bringen soll.

Zwei Tote bei einem Motorradunglück. Der 22-jährige Bötz aus Weihensee lud auf der Straße eine ihm bekannte Frau, die sich zu einer Beerdigung nach Jüssen begeben wollte, ein, auf seinem Motorrad Platz zu nehmen. Die Frau fuhr darauf auf dem Sozius mit. Kurz vor Jüssen rannte das Motorrad gegen einen Baum, wobei der Motorradfahrer und seine Beileiterin getötet wurden.

Handel und Verkehr.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 8. Juni. Weizen märk. 261—264, Roggen märk. 277—279, Gerste 245—278, Hafer märk. 260—265, Mais prompt Berlin 240—243, Weizenmehl 32.25—36.25, Roggenmehl 36.25—39, Weizenkleie 16.75—17, Roggenkleie 18.50, Bilsen 21.50.



ratsvorsitzenden des Kalijndikats, Dr. Korte, übergab Staatssekretär v. Seefeld vom preußischen Handelsministerium die Anlage dem Kalijndikat, wobei er in einer längeren Rede betonte, daß Preußens Hafenbautätigkeit an der Elbmündung nicht gegen Hamburg gerichtet sei. Vielmehr müßten beide Staaten gemeinsam an den wichtigen Aufgaben arbeiten, die die weitere Entschleierung der Elbmündung stelle.

Opfer des Attentats auf Tchangtscholin

London, 8. Juni. Nach einer in Londoner amtlichen Kreisen eingegangenen Meldung ist Wu-Schun-Scheng, der Gouverneur von Hai-Lung-Kang an den Folgen der Verletzungen, die er bei der Mordtat auf dem Zug Marshall Tchangtscholin erhielt, gestorben. Ebenso ist Rotelui, der frühere Zivilgouverneur einer chinesischen Provinz, der sich ebenfalls in dem Zug befand, seinen Verletzungen erlegen.

Jechen-Unglück

Rheinberg, 8. Juni. Auf der Schachtanlage Borth der deutschen Solvay-Werke A.-G. ereignete sich Freitag vormittag unter Tage ein folgenschweres Unglück. In der Abbauammer löste sich von der First ein Seitenblock und begrub mehrere Bergarbeiter unter sich. Ein Bergmann war sofort tot; einer wurde schwer und einer leicht verletzt.

Kämpfe in der Nähe von Tientsien

Tientsien, 8. Juni. Bei Koku, 18 Meilen ost-südöstlich von Tientsien, wird gekämpft. Die Verbindungen mit Tatu sind unterbrochen. Auch der Schiffsverkehr ist desorganisiert.

Keine Funkenzeichen der „Italia“

Kingsbay, 8. Juni. Die „Citta di Milano“ hat 24 Stunden hindurch versucht, die „Italia“ funken telegraphisch anzurufen. Da man bis heute abend 10 Uhr noch immer kein greifbares Resultat erzielt hat, beginnt sich jetzt die Ueberzeugung durchzusetzen, daß die schwach vernehmenen Funkenzeichen, die zu gewissen Hoffnungen Anlaß gegeben haben, nicht von der Mannschaft der „Italia“ herrühren können. Kaiser Larien hat sich infolge des Schneewetters heute auf einen kurzen Probeflug beschränken müssen.

Die Besetzung Peling's vollzogen

Peking, 8. Juni. Die südchinesischen Truppen haben morgens 10 Uhr in voller Ruhe und Ordnung Peling in Besitz genommen.

Wahrscheinliches Wetter für Sonntag und Montag

Unter dem Einfluß der westlichen Depression ist für Sonntag und Montag immer noch mehrfach bedecktes, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Sauer Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig

Unsere Zeitung bestellen!



Amtliche Bekanntmachung.

Deutsche Flugspende.

Der Deutsche Luftfahrtverband E. V. ruft zu einer Deutschen Flugspende auf, die als besondere Ehrung für den glückhaften Transoceanflug unserer Bremenbesatzung vorgesehen ist. Die Erträgnisse sollen zur Förderung sportlicher Flüge, zur Ausschreibung von Preisen und zur Fortbildung besonders begabter, aber minderbemittelter junger Sportflieger dienen und im Benehmen mit dem Deutschen Luftfahrtverband verteilt werden.

Der Luftfahrtverband wendet sich daher an das ganze Deutsche Volk mit der Bitte, daß jeder nach seinem Können sein Scherlein beiträgt zum Ausbau des Deutschen Flugsports und damit zur Förderung der deutschen Luftfahrt und zur Fortführung der Mission des Flugzeugs als Werkzeug friedlicher, internationaler Zusammenarbeit.

Diesem Aufruf des Luftfahrtverbandes schließe ich mich an. Spenden nehmen entgegen die Sparkassen und Postanstalten und ihre Agenturen.

Nagold, den 1. Juni 1928

Oberamt: Baittinger.

Sportverein Altensteig.

W. d. S. d. S. R.



Wettspiel

am Sonntag, den 10. 6. 28
Altensteig
I. Mannschaft
gegen
I. Fußballklub Unterreichenbach.

Spielbeginn 2 1/2 Uhr.



Neue Vorhänge

abgepaßt und am Stück billigst

Chr. Krauss



Lehrbuch für Zimmerer

Preis Mark 1.50

zu beziehen durch die

W. Rieker'sche Buchhdl. Altensteig.

Hoher Verdienst ruft

Mehr zu verdienen als bisher, darauf kommt es an. Sollen auch Ihre Wünsche in Erfüllung gehen, dann schreiben Sie uns sofort und wir antworten sofort.

A. Krenzl, Berlin SW. 43, Wilhelmstr. 28.

Eine mit dem zweiten Kalb 22 Wochen trachtige gute

Ind-Fuh setzt dem Verkauf aus

Rast-Ettmannswiller Mübelschreinerei

Zwerenberg.

Eine **Milch- und Schaff-Rub**

(10 Liter täglich) verkauft

R. Hornbacher.

Musik-Verein Altensteig

Abfahrt

(bei jeder Bitterung) 5 Uhr. Zeitig am Bahnhof sein.

Radf.-Verein Altensteig



Alle

Schulartitel

für sämtl. Schulen nach Vorschrift kauft man in nur prima Qualität am besten in der

B. Rieker'schen Buch- und Schreibwarenhandl. Altensteig.

RM. 500.—

monatlich und mehr verdienen Sie durch Uebernahme unserer Vertretung, keine Vorkenntnisse, kein Kapital nötig. Nach nebenberuflich. Tägl. Verdienstaushablana. Arthur Gehling, Berlin SW 36 Schlegelstr. 53.

Zumweller. Verpachte meine

Wiese

im Nagoldtal auf ein oder mehrere Jahre

Georg Wurster.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst

1. S. u. D. 10. Juni, Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über 1. Joh. 4, 16—21: Gottes- und Nächstenliebe. Dieb 15, 441. Nachher Kindergottesdienst. Nachmittags 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Am Dienstag Abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutherhaus.

Reihodstfengemeinde. Sonntag, den 10. Juni vorm. 9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abds. 8 Uhr Predigt. Mittwoch, 13. Juni abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Katholischer Gottesdienst Sonntag, den 10. Juni, um 10 Uhr.

Kriegerverein Altensteig.

Der Verein beteiligt sich morgen Sonntag, den 10. Juni am

50 jährigen Jubiläum des Kriegervereins in Spielberg. Abmarsch 1/2 12 Uhr beim Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Ausschuss.

Sommerstoffe

in Wolkmuffeline, Waschseide, Wolle Zephir, Boile und sonstige Stoffe.

Damenkleider fertig in großer Auswahl

Damenmäntel

in Herrnstoffen, Kascha, Rips sehr preiswert

Reinhold Gayer, Altensteig.

Walldorf.

Am Sonntag, den 10. Juni 1928 findet im „Adleraal“

große Tanzunterhaltung

statt, unter Mitwirkung der Altensteiger Stadtkapelle.

Am Montag, den 11. Juni beginnt ein

Kraftfahrlehkurs

auf Wagen der Württ. Landesfahrerschule (Klasse 3 b)

Auskunft und Anmeldung

Württ. Landesfahrerschule

G. m. b. H.

Fernspr. 234

Filiale Calw

Fernspr. 234

Altensteig.

2—3 tüchtige

Besteckschleifer

finden sofort dauernde Beschäftigung

Lug & Weiß G. m. b. H.

Sämtliche fertigen

Kleider und Schürzen

für Erwachsene und Kinder

sowie

Zephirhemden

wegen Aufgabe dieser Artikel weit unter Preis

L. Brenner, G. Brösamle, Nagold

Walldorfstr. 4.



Freiwillige Feuerwehr.

Nächsten Montag, den 11. Juni haben die 1., 2. und 3. Kompagnie zur

Uebung

auszuführen.

Antreten präzis 7 Uhr abends.

Den 7. Juni 1928.

Das Kommando.

Am Dienstag, den 12. Juni findet in Pfalzgrafenweller

Rindvieh- und Schweinemarkt



statt, wozu eingeladen wird.

Motorrad-Gelegenheitskauf

1 NSU 500 ccm mit elektr. Licht und Bohrbor n
Mk. 650.—

1 DKW 206 ccm 2 Gang Mk. 450.—

1 Zündapp 250 ccm 3 Gang Mk. 550.—

Sämtliche Motorräder sind in sehr gutem Zustand, und in Verneck von Freitag bis Montag zu besichtigen, bei Fr. Wurster, b. Rathaus.

Autohaus Klumpp Baidersbronn.

Wegen Aufgabe der Landwirtschaft (altershalber), verkaufe am nächsten Montag, vorm. um 10 Uhr, 1 jüngere und 1 ältere

Ind- und Schaffkuh

jede mit einem Kalb (10 u. 14 Tage alt).

Johannes Rath, bei der Sonne, Eshausen.

Trinkt Chabeso!

Hersteller: M. Hartmann, Altensteig.

Für Kanzleien

empfiehlt

Ia. Kanzlei-Papier

und das neue

Ia. Din-Format-Papier

niert und unliniert die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig

